

Ansicht

Bearbeiten

Löschen

Revisions

Sortierliste

Duplizieren



Wirtschaft | Ökonomiepanorama

„Wir brauchen eine Art Selbstschutz“

Arbeitskräftemangel, Wohnkosten, Industriezone, Freihandel: Unternehmerpräsident Alexander Rieper fordert Tempo, Wettbewerbsfähigkeit und klare politische Signale.

von [David Orri](#)
16.02.2026



Foto: Seehauserfoto

Herr Rieper, Sie sind Präsident des Unternehmersverbands Südtirol und zugleich Unternehmer. Wie prägt diese Doppelrolle Ihren Blick auf die Wirtschaft?

Es ist ein Vorteil, selbst täglich unternehmerische Verantwortung zu tragen, auch wenn man darauf achten muss, weder Betrieb noch Amt zu vernachlässigen. Es ist ein Spagat, aber ich kenne die Herausforderungen, denen ich mich als Verbandspräsident stellen muss, aus erster Hand. Jede Branche bringt natürlich ihre Eigenheiten mit sich. Deshalb ist es wichtig, dass ich ein starkes Team habe, in dem sich spezifische Erfahrungen bündeln.

Alexander Rieper

Alexander Rieper ist Präsident des **Unternehmersverbandes Südtirol**. Das Amt übernahm er am 4. Juni 2025 für die kommenden vier Jahre vom ehemaligen Präsidenten **Heiner Oberrauch**.

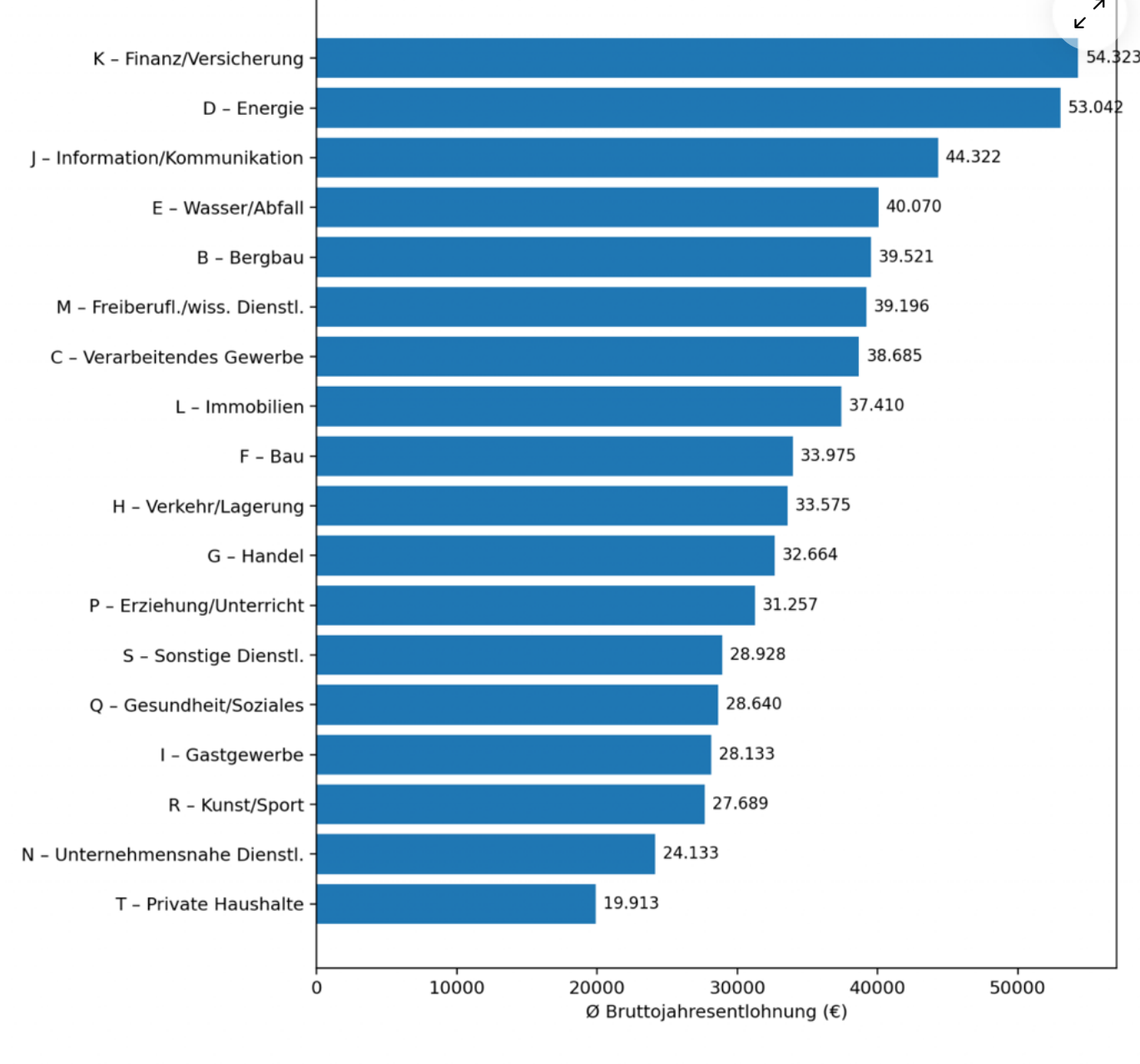
Zudem führt Rieper sein traditionsreiches Familienunternehmen, die **Rieper Mühle** (A. Rieper AG) in Vintl, in der er SALTO für das Interview empfängt.

Stichwort Fachkräftemangel. Sie haben ihn schon in Ihrer Antrittsrede thematisiert, wahrscheinlich wird er auch bei Ihrer Abschiedsrede noch Thema sein, oder?

Inzwischen spreche ich lieber von Arbeitskräftemangel. Denn es geht nicht nur um Fachkräfte, der Mangel betrifft alle Bereiche, wie Verwaltung, Schule, Sanität, Pflege oder Unternehmen. Ohne leistende Gesellschaft fehlt auch die Grundlage für unseren Sozialstaat. Damit ist auch untrennbar die Problematik mit dem Wohnraum verbunden. Nur wer hier gut in einem würdigen Zuhause leben kann, wird hier bleiben oder herkommen. Das betrifft Studierende, junge Rückkehrer oder auch neue Arbeitskräfte von außen. Natürlich müssen diese auch bereit sein, sich zu integrieren. Wer irgendwo lebt, muss sich an die Regeln halten. Nur dann funktioniert es auch. Fakt ist: Die demografische Entwicklung war seit Jahren absehbar. Das Problem kommt nicht überraschend, es wurde nur lange ignoriert. Es ist ein schwieriges Thema, aber wir müssen es angehen.

Wo sehen Sie beim Wohnen die Verantwortung von Politik und Wirtschaft?

Wohnen ist ein komplexes Thema. Manche Unternehmen investieren selbst in Mitarbeiterunterkünfte oder Kinderbetreuung. Als Unternehmerverband versuchen wir mit der Stiftung Wohnen leistbaren Mietraum zu schaffen. Dabei wollen wir auch einer sich verändernden Gesellschaft Rechnung tragen: Junge Menschen wünschen sich mehr Flexibilität statt lebenslangem Eigentum. Allerdings ist Südtirol attraktiv, auch für wohlhabende Käufer von außen, und das treibt die Preise nach oben. Senken wir diese künstlich, steigert das die Attraktivität nur noch mehr. Wir brauchen daher eine Art Selbstschutz.



Und worin könnte dieser Selbstschutz bestehen?

Im richtigen Gleichgewicht: Arbeitskraft muss gut entlohnt werden, aber Löhne müssen auch wettbewerbsfähig sein. Unternehmen in Südtirol stehen nicht nur in einem lokalen Wettbewerb, sondern in einem internationalen wieder. Sind die Lohnkosten höher als in Nachbarregionen oder anderen Ländern, können Betriebe ihre Produkte schwerer zu konkurrenzfähigen Preisen anbieten. Also müssen Lohnkosten für Unternehmen tragbar sein, um wettbewerbsfähig zu bleiben, und Wohnen darf nicht einen zu großen Teil des Einkommens der Menschen verschlingen.

Welche Rolle spielen hier Steuersenkungen?

Für strukturierte Unternehmen sind Steuersenkungen ein wirksames Instrument: unbürokratisch und direkt. Die IRAP-Senkung war ein Erfolgsmodell. Man hat gesehen, dass die Einnahmen des Landes insgesamt gestiegen sind. Obwohl das Land auf einen Teil der IRAP verzichtet hat, war es unterm Strich ein positives Geschäft. Aber die IRAP-Senkung allein wird nicht reichen, es wird ein Maßnahmenbündel brauchen.

„Wenn man in der Bozner Industriezone beginnt, Stück für Stück andere Nutzungen hineinzubringen, stellt sich in jedem Gewerbegebiet die Frage, ob man nicht auch umwidmen sollte.“

Die Bozner Industriezone bleibt ein Dauerbrenner, nicht zuletzt wegen der Valbruna-Stahlwerke. Wie bewerten Sie die Situation?

Ich sehe den Standort nicht gefährdet. Der Landeshauptmann hat mehrfach klargestellt, dass die Zone bleiben wird. Die Industrie in Südtirol belegt 0,3 Prozent der Landesfläche und generiert dabei rund ein Viertel der Wertschöpfung. Will man hier wirklich Abstriche machen? Zudem wird der Mehrwert der Werke zu wenig kommuniziert. Die Stahlwerke Valbruna fertigen hochinnovative Produkte: Spezialstähle für Turbinenschaufeln, Luftfahrt, Raumfahrt, Medizintechnik, Verteidigung. Das sind Zukunftsbranchen. Das Unternehmen hat hunderte Millionen Euro investiert, beschäftigt viele Mitarbeiter und zahlt beträchtliche Steuern. Nicht zuletzt haben die Accaierie auch eine ethnische Bedeutung. Und wir finden keinen Weg, es hier zu halten?

Valbruna hat zuletzt signalisiert, notfalls selbst den Grund kaufen zu wollen. Wie sehen Sie das?

Ein Kauf war immer eine Option, muss aber von den beteiligten Parteien bewertet werden. Da halten wir uns bewusst außen vor. Eine Verhandlung ergibt nur Sinn, wenn der Ausgang offen ist. Entscheidend ist: Beide Seiten, also das Land und das Unternehmen Valbruna, haben klar ausgesprochen, dass sie die Aktivität in Bozen fortführen wollen. Hier geht es schließlich um Arbeitsplätze und um die Produktion von Spezialstählen, die nicht nur für Südtirol oder Italien, sondern für Europa strategisch bedeutsam sind. Diese Wertschöpfung hier zu halten, ist im Interesse aller.

Warum hat die Bozner Industriezone eine besondere Bedeutung?

Die Bozner Industriezone hat Symbolcharakter. Sie ist die größte Industriezone im Land. Wir erwarten ein klares politisches Commitment, das uns zeigt: Wir brauchen Industrie und wir wollen sie halten. Wenn man in der Bozner Industriezone beginnt, Stück für Stück andere Nutzungen hineinzubringen, stellt sich in jedem Gewerbegebiet die Frage, ob man nicht auch umwidmen sollte. Die aktuelle Diskussion mit den Stahlwerken hilft uns medial zumindest dabei, diese Botschaft klarer zu transportieren.



In der Riepermühle zählt Effizienz: kurze Wege, wenn möglich; aber manchmal geht Funktionalität vor. Foto: Seehauserfoto

Welche Bedeutung haben neue Freihandelsabkommen für Südtirol?

Export ist eine große Chance. Der europäische Markt ist vielerorts gesättigt, Diversifizierung wird wichtiger, gerade wenn zentrale Märkte wie Deutschland und Österreich schwächeln. Der Wert der exportierten Waren von Südtiroler Unternehmen belief sich 2024 auf sieben Milliarden. Nur wer Innovationskraft und Qualität beweist, ist international erfolgreich, und da tun sich Südtiroler Unternehmen immer wieder hervor. Natürlich braucht es auch Schutzmechanismen und faire Regeln, doch Verzögerungen, wie die vom EU-Parlament beschlossene Prüfung des Mercosur-Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof, kosten wirtschaftliche Chancen. Industrieverbände rechnen mit Milliardenbeträgen, die durch den Aufschub verloren gingen. Deshalb wäre es wichtig, schnellstmöglich voranzugehen und Erfahrungen zu sammeln. Anpassungen sind jederzeit möglich.

Und was ist mit protektionistischen Partnern wie Indien? Werden wir von anderen Ökonomien gefährdet oder gefährden wir sie?

Ein gutes Geschäft ist nur dann ein gutes Geschäft, wenn beide Seiten profitieren. Nur Win-win-Situationen produzieren langfristige Partnerschaften. Natürlich braucht es Schutzmechanismen, etwa Mengenbegrenzungen oder Ausgleichsmaßnahmen, wenn Preisgefälle zu groß werden. Die Schweiz macht das etwa beim Getreide sehr kontrolliert.

Jüngst stand der EU-Gipfel zur Wettbewerbsfähigkeit im Fokus. Ursula von der Leyen betonte: „Ein Europa, ein Markt, das ist unser Ehrgeiz“. Ihr Kommentar?

Absolut richtig. Europa ist bereits der größte Binnenmarkt der Welt und trotzdem haben wir viele interne Hemmnisse, deren wirtschaftliche Wirkung auf bis zu tausend Milliarden Euro geschätzt wird. Wir brauchen gar nicht besorgt nach China oder in die USA zu schauen. Schon innerhalb Europas gilt es viel zu verbessern. Wir sind Nachbarn, wir sind Europa. Genau das ist mit einem funktionierenden Binnenmarkt gemeint: Barrieren abbauen und Infrastruktur abstimmen.



Alexander Rieper: vor seinem traditionsreichen Familienunternehmen: der A. Rieper AG, bekannt als Rieper Mühle. Foto: Seehauserfoto

Wie beurteilen Sie die jüngste Entwicklung rund um die Spending Review?

Ein Wechsel kann Chancen bringen, aber auch Verzögerungen. Uns beschäftigt vor allem die Frage der Kontinuität. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, dürfen wir keine Zeit verlieren. Deshalb blicken wir mit einer gewissen Sorge auf mögliche Verzögerungen und hoffen, dass das Projekt konsequent weitergeführt wird.

Wenn Sie sich Südtirols Wirtschaft in zehn Jahren vorstellen – wie sähe Ihr realistisches, vielleicht auch erstrebenswertes Bild aus?

Ich vertraue sehr auf die Kreativität, Innovationskraft und Leistungsbereitschaft der Südtiroler Gesellschaft. Wir haben uns in den letzten 80 Jahren von einer der ärmsten Regionen Europas zu einer der wohlhabendsten entwickelt. Das ist nicht einzelnen genialen Unternehmern zu verdanken, sondern der Gesamtheit der Bevölkerung. Natürlich gibt es immer Unterschiede, aber wir sehen viele junge Menschen, die motiviert sind und leisten wollen. Ich dürfte gemeinsam mit dem Landeshauptmann und Stefan Pan hunderte Maturantinnen und Maturanten auszeichnen. Wer eine Hundert-per-Matura schafft, hat das Leistungsprinzip verstanden. Das ist kein Zufall, das ist harte Arbeit. Diese jungen Menschen haben Pläne, Visionen, Ziele. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass Südtirol auch in zehn Jahren ein erfolgreiches, wohlhabendes Land sein wird, mit einem guten Miteinander aller Sprachgruppen und jener Menschen, die zu uns gekommen sind, sowie der verschiedenen Wirtschaftszweige. Weiterhin eine der schönsten Regionen, in denen man leben kann.

„Wir stehen vor einem gesellschaftlichen Wandel, aber gemeinsam und im Dialog gestalten wir ihn zum Besten.“

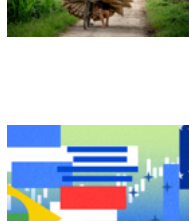
Ihr abschließendes Anliegen?

Wir fordern keine Sonderbehandlungen oder gewisse Subventionen. Wir fordern das, was Stefan Pan einmal „Sauerstoff“ genannt hat, also die Rahmenbedingungen, die Unternehmen brauchen, um gut zu arbeiten. Was uns bremst, ist Bürokratie. Wenn der Startschuss fällt und wir erst drei Formulare ausfüllen müssen, während andere schon laufen, verlieren wir Zeit. Wir befinden uns derzeit in wirtschaftlich guten Jahren mit einem sehr hohen Landeshaushalt. Diese Phase müssen wir nutzen, um uns zukunftsfit aufzustellen. Digitalisierung und KI sind keine Bedrohung, sondern Werkzeuge. Routineaufgaben können automatisiert werden, damit Menschen sich auf kreative und wertschöpfende Tätigkeiten konzentrieren können. Wir stehen vor einem gesellschaftlichen Wandel, aber gemeinsam und im Dialog gestalten wir ihn zum Besten.

Weitere Artikel zum Thema

Politik | Acciaiere

[Resta incerto il futuro di Valbruna](#)



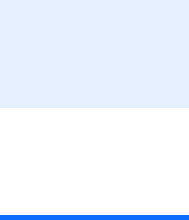
Wirtschaft | Neue Bündnisse

[Freihandel oder fairer Handel?](#)



Wirtschaft | UE e Mercosur

[“Un segnale geopolitico necessario”](#)



KOMMENTARE (0)